

6.

Sitzung

der Stadtvertretung

Sitzungs-Tag

Dienstag, 10.05.2011

Sitzungs-Ort

Ratssaal

(Es fand keine Fragestunde statt)

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 19.40 Uhr

Bei Beginn der Sitzung fehlten:

Ersatz

entschuldigt:

**STV Ingrid Scharf
STV Manfred Nägele**

**STVE Ing. Reinhard Kuntner
STVE Elisabeth Allgäuer**

unentschuldigt:

- - -

Tagesordnung

1. Mitteilungen
2. Umbesetzung von Ausschüssen/Kommissionen und Entsendung von VertreterInnen der Stadt Feldkirch in Organe juristischer Personen
3. Senioren-Betreuung Feldkirch GmbH – Jahresbericht und Rechnungsabschluss 2010
4. Montforthaus Neu – Planungsbeschluss 2011, Kostenziel
5. Projekt „familieplus“ – Teilnahme der Stadt Feldkirch
6. Kooperationsvertrag Offene Jugendarbeit
7. Ausstieg aus der Atomenergie
8. Bewegung für SeniorInnen – Bewegungsgruppen, Sturzprophylaxe
9. Darlehensaufnahmen
10. Grundstücksangelegenheiten
11. Ermächtigung von Bediensteten der Bürgerservicestelle zur Entgegennahme von Barzahlungen
12. Genehmigung der Niederschrift über die 5. Sitzung der Stadtvertretung am 01.03.2011
13. Allfälliges

Bürgermeister Mag. Berchtold eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

1. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor

2. Umbesetzung von Ausschüssen/Kommissionen und Entsendung von VertreterInnen der Stadt Feldkirch in Organe juristischer Personen

Bürgermeister Mag. Berchtold bringt den vorliegenden Antrag a) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

a) Über Antrag der Fraktion Bürgermeister Berchtold – Feldkircher Volkspartei wird anstelle von Michael Gallaun, Ing. Manfred Rädler im Planungsausschuss als ordentliches Mitglied nominiert. Michael Gallaun scheidet als Mitglied aus.

Bürgermeister Mag. Berchtold bringt den vorliegenden Antrag b) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

b) Als Vertreter der Stadt Feldkirch in der Vollversammlung der Mäh-dreschgemeinschaft Nofels-Tosters wird der jeweilige Stadtrat für Landwirtschaft entsendet.

3. Senioren-Betreuung Feldkirch GmbH – Jahresbericht und Rechnungsabschluss 2010

STR Dr. Rederer bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtvertretung nimmt den Tätigkeitsbericht und den Jahresabschluss 2010 der Senioren-Betreuung Feldkirch GmbH zur Kenntnis.

4. Montforthaus Neu – Planungsbeschluss 2011, Kostenziel

STR Dr. Bitschnau bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STR Thalhammer meint, eine halbe Milliarde Schilling, und sie sage das bewusst in Schilling, damit klar werde, was dies bedeute, sei eine riesengroße Summe. Da müsse man gar nicht darüber diskutieren. Ihre Fraktion glaube, dass auch entsprechend lange und genau diskutiert worden sei, sowohl in der Werkstattgruppe, als auch im Ausschuss. Aus grüner Position sei vor allem die Energiezentrale eine nachhaltige Lösung, eine Variante, bei der auch der Lebenszyklus angeschaut worden sei. Diese Energiezentrale werde auch schon von „nachhaltig bauen“ vom Energieinstitut gelobt, obwohl diese noch nicht einmal beschlossen worden sei. Dies sei eine wichtige Investition in die Zukunft. Die zweite Investition, das Dachterrassencafe, gebe BürgerInnen welche kulturfern seien ebenfalls die Möglichkeit, dieses Haus zu nützen. Auch aus diesem Grund werde ihre Fraktion dem zustimmen. Die größten Probleme hätten die Grünen natürlich mit einer Erweiterung der Tiefgarage. Es sei aber die Aufgabe ihrer Fraktion, dies den WählerInnen zu erklären. Der erste Grund für Feldkirch Blüht gegen Stellplätze für ruhenden Verkehr sei immer, dass Verkehr angezogen werde. Wenn aber jetzt schon in der Illpark-Tiefgarage genug Platz sei, glaube man nicht, dass mit diesen 70 Parkplätzen mehr Verkehr angezogen werde. Man hoffe auf die Pläne welche gezeigt worden seien und auch auf das gegebene Wort, dass wirklich 95 Parkplätze oberirdisch wegkommen. Da alle Varianten und Erklärungen dies immer beinhaltet hätten, sei dies bei der Außenanlage hiemit auch mitbeschlossen. Für ihre Fraktion sei also vertretbar, dass 70 Tiefgaragen-Parkplätze dazukommen, wenn 95 bis 99 Parkplätze oberirdisch wegkommen. Noch dazu, wenn schon damit gerechnet

werde, dass ein Teil dieser Parkplätze verkauft bzw. vermietet würden. Dann stehe vielleicht für BesucherInnen ohnehin zu wenig Parkraum zu Verfügung und man müsse in die nicht so geschätzte Illpark-Tiefgarage ausweichen. Man wolle auch nicht von einem privaten Betreiber abhängig sein. Wünschenswert gewesen wäre zwar nur eine Einfahrt, allerdings nicht um eine Million Euro, welche man unter dem Kanal verbauen hätte müssen. Die zweite Einfahrt sollte möglichst so gestaltet werden, dass der Rösslepark aufgewertet werde. Der Herr Bürgermeister habe erklärt, dass sie sich auf sein Wort verlassen könne, dass in den nächsten Jahren in Sachen Mobilität, für Fußgänger, für Radfahrer, für eine Anbindung zum Bahnhof und für die Erweiterung der autofreien Zone genau so weitergearbeitet werde wie bisher, man mit diesem jetzigen Beschluss aber dies nicht gleichzeitig verbinden möchte. Wenn sich ihre Fraktion also auf diese Worte verlasse, könne man allen drei Teilen zustimmen.

STV Mag. Spöttl erklärt, die SPÖ habe vor Jahren dem Neubau des Montforthauses zugestimmt. Damals seien diverse Varianten angedacht gewesen. Er habe sich die Mühe gemacht, das von der Homepage der Stadt Feldkirch herunterzukopieren. Man habe dies innerhalb seiner Fraktion lange und intensiv diskutiert. Offenbar seien damals drei Varianten zur Diskussion gestanden. Eine Sanierung um etwa 10,1 Mio Euro, ein Umbau des Montforthauses mit einer Kostenschätzung von 25,2 Mio Euro und der Neubau mit einem Aufwand von rund 30 Mio Euro. Inzwischen sehe dies etwas anders aus. Er sei drei oder vier Mal in den letzten Monaten bei Werkstattgruppensitzungen anwesend gewesen. Da die drei Personen seiner Fraktion in der Stadtvertretung ein sehr junges Team bilden in dem Sinn, dass man erst seit einem Jahr Mitglied der Stadtvertretung sei, habe man mit langjährigen Fraktionsmitgliedern über die Angelegenheit gesprochen. Man habe Mühe mit der Kostenentwicklung. Es sehe so aus, als ob im Planungsprozess das Projekt jeweils teurer werde. Selbstverständlich stehe man nach wie vor zu einem Neubau. Man finde auch die Ergebnisse des Planungsprozesses toll. Es sei schön, was hier geboten werde und man könne nur Lob und Dank an alle Beteiligten aussprechen. Man habe aber, wie bereits erwähnt, ein Problem mit den ausufernden Kosten, weil seine Fraktion befürchte, dass man sich dann in anderen Bereichen einschränken müsse. Seine Fraktion trete dafür ein, dass im Rahmen eines sozial ausgewogenen Budgets auch in moderne Infrastruktur investiert werde, allerdings müsse dies leistbar sein. Und hier, er wiederhole sich, habe die SPÖ Mühe mit dem derzeitigen Planungsprozess bzw. den prognostizierten Kosten. Aus diesem Grund habe seine Fraktion auch einen Abänderungsantrag vorbereitet. Man habe auch die einzelnen Teilbereiche diskutiert. Man sei der Ansicht, dass die erweiterte Tiefgarage notwendig sei, weil durch die Gesamtplanung über 90 Parkplätze wegfallen würden. So sei es sicher notwendig, zusätzliche Parkplätze in der Tiefgarage zu schaffen. Dies entspreche auch dem heutigen Standard für ein Haus dieser Größe und mit diesem Zweck. Insofern sei es vielleicht sogar müßig, hier in der Stadtvertretung darüber politisch abzustimmen, weil es für ein solches Gebäude vorgeschrieben wäre oder einem Privaten sicher vorgeschrieben würde. Man habe sehr lange und intensiv über die Dachterrassennutzung bzw. die öffentliche Gastronomienutzung diskutiert. Auch heute Vormittag noch, dies nur zur Information, dass man es sich nicht leicht gemacht habe. Seine Fraktion sei der Ansicht, dass man darauf verzichten könne. Einmal wegen der zusätzlichen Errichtungskosten, aber es gebe auch die Befürchtung, dass der Betrieb subventioniert werden müsse, wenn das Cafe dann doch nicht so laufe wie prognostiziert. Deshalb schlage seine Fraktion folgendes vor: *Die Streichung des Punktes Dachterrassenvariante mit öffentli-*

cher Gastronomienutzung in Absatz A), Absatz B) bliebe unverändert und Absatz C) laute: „Das Kostenziel für die Realisierung des Gesamtprojekts in hochwertiger Ausführungsqualität wird auf Grund der Erweiterung des Leistungsbildes für die Tiefgaragenerweiterung im 2. UG des Montforthauses Neu um ca. 76 Stellplätze und den Umbau des PFZ (vertikale Erschließung, Durchgang, Öffentliche WC-Anlage) inklusive der Kosten für die Energieerzeugungszentrale und die Außenanlagen auf den Zeitpunkt der Fertigstellung verbindlich auf brutto € 40 Mio festgelegt. Zur Fassung eines Baubeschlusses mit dem verbindlichen definitiven Kostenlimit ist die Stadtvertretung gesondert zu befassen.“ Vereinfacht bedeute dies, jetzt schon beim Planungsprozess ein Kostenlimit festzulegen, weil womöglich das Projekt bis zu 50 Mio koste und dies erscheine seiner Fraktion eine zu große Last zu sein, da man sich in anderen Bereichen einschränken müsste. Man fürchte, dass man sich den finanziellen Spielraum für andere Bereiche, auch soziale, damit nehmen würde. Aus diesem Grund ersuche er über den Antrag zu befinden und sich diesem anzuschließen.

STR Dr. Lener erklärt, sie freue sich über die Zustimmung von Feldkirch Blüth. Die Tatsache, dass die Tiefgarage erweitert werde, bedeute ganz klar eine Chance für die Zukunft und eine künftige Verbesserung des Stadtbildes, weil Parkplätze, welche jetzt störend wirken, nicht mehr erforderlich seien. Es bedeute auch die Chance für eine weitere Verkehrsberuhigung in Teilen und Bereichen der Innenstadt. Es bedeute aber auch eine Basis für eine künftige sorgfältige und durchaus nachhaltige Verkehrspolitik, zu der man heute schon stehe. Dies sei auch ein Beitrag, um die Innenstadt auch unter dem Aspekt des Wohnens und der Attraktivität des Wohnens zu beleben. Sie verspreche, dass das Betreibermodell sorgfältig geprüft werde. Sie bedaure die ablehnende Haltung der SPÖ zur Dachterrassengastronomie und das aus folgenden Gründen. Diese Dachterrassengastronomie bedeute nicht nur eine Attraktivierung des gastronomischen Angebots für die heimische Bevölkerung und allenfalls für Besucher der Stadt Feldkirch. Dies sei auch eine ganz wichtige Ergänzung im künftigen Angebot des Betreibermodells des künftigen Montforthauses Neu. Ein wesentlicher Teil des Betreibermodells werde im Bereich Seminare, Schulungen und Kongresse stattfinden. Hier sei es heute aufgrund der Konkurrenz gerade in Europa jedenfalls erforderlich, ein attraktives Angebot zu schaffen. Die vorliegende Planung für das öffentliche Gastrocafe bedeute, dass dieses Modell bereits sehr sorgfältig geplant und auch wirtschaftlich geprüft worden sei. Wenn dies nicht der Fall gewesen wäre, hätte auch ihre Fraktion der Erweiterung des Kostenziels nicht zugestimmt. Hinterlegt sei dies durch eine Wirtschaftlichkeitsberechnung eines bekannten und renommierten deutschen Gastronomieplaners. Was die geforderte Gesamtdeckelung anbelange, habe sie grundsätzlich schon Verständnis, meine aber, dass dieser Antrag eine nicht gerechtfertigte Misstrauenskundgebung in den bisherigen Planungsprozess darstelle. Man habe in den letzten Monaten und Jahren gezeigt, dass es gelungen sei, diesen Prozess sehr sorgfältig zu führen und nötige und unnötige Kosten abzuwägen. Der derzeitige Planungsprozess laufe in eine Richtung, wo man mit Sicherheit sagen könne, dass man die gesetzten Ziele erreichen könne. Wenn man sich jetzt bereits beschränke, bevor man in die konkreten Abschlüsse der Planung und in den konkreten Baubeschluss eingehe, fessele man sich in eine Richtung selber, die unter Umständen schädlich sein könne. Natürlich bekenne sich ihre Fraktion zu einer sparsamen Planung und zu einer sorgfältigen Abwägung dessen, was für ein funktionierendes Montforthaus nötig sein werde.

STV Allgäuer meint, er könne Mag. Spöttl dahingehend beruhigen, dass sich die Entscheidung über den Neubau des Montforthauses keine Fraktion der Feldkircher Stadtvertretung leicht gemacht habe. Man müsse bedenken, was für einen Neubau gesprochen habe, weil einfach der Umstand der sei, dass eine Sanierung des bestehenden Montforthauses im Verhältnis teurer gekommen wäre oder zumindest gesamthaft gesehen unwirtschaftlich. Die Kosten würden erfahrungsgemäß immer dann, wenn die Ausschreibungs- bzw. Planungstiefe konkreter werde, genauer. Dies sei aber ein Umstand, der auf jeden Privaten auch zutrefe und sei logisch nachvollziehbar und relativ leicht erklärbar. Bezüglich der Tiefgarage sei schon erwähnt worden, dass oberirdisch Parkplätze wegfallen. Deshalb brauche es eine Alternative im Bereich der Tiefgarage. Wenn man ein Veranstaltungszentrum bauen möchte für zukünftige Generationen, dann sei es schlichtweg einfach auch notwendig, dass dieses auch per Auto erreichbar sei. Vor allem dann, wenn man an eine dementsprechende Auslastung denke. Er kenne die Diskussionen um die Stellplatzverordnung. Dies sei immer ein Reizthema. Im ländlichen Raum bestehe die Problematik, dass die Autos in der Wiese oder auf privaten Grund stehen, in der Stadt sei er der Meinung, dass eine Tiefgarage eine sehr sinnvolle und gute Alternative darstelle. Die Autos seien zumindest optisch weg. Bezüglich der Dachterrasse bzw. Gastronomie gebe er zu bedenken, dass die Folgekosten nach der Errichtung insgesamt gesehen kleiner würden und sich optimal und gut einbinden lassen. Aus diesem Grund schließe sich seine Fraktion dem Antrag, welcher STR Dr. Bitschnau vorgetragen habe an und lehne den Abänderungsantrag der SPÖ ab.

STV Mag. Spöttl erklärt, von Misstrauen könne keine Rede sein. Es sei allen klar, dass hier mit großer Sorgfalt gearbeitet werde von allen Beteiligten. Vielleicht sei es aber psychologisch so, wenn es eine einstimmige Zustimmung gebe, es aus lauter Freude kein Halten gebe, was die Kosten anbelange. Wenn man im Vergleich davon ausgehe, dass ursprünglich Überlegungen für einen Umbau um 25,2 Mio Euro angestellt worden seien, bewege man sich mit allen vorgeschlagenen Clustern zwischen 43 und 45 Mio. Das sei ein Riesenunterschied. Insofern ergebe sich die Frage, ob man noch von dem früheren Projekt ausgehen könne. Seine Fraktion wolle aus Budgeterwägungen, um auch im Sozialbereich investieren zu können, nur eine Kosteneinschränkung einmahnen und er bitte insofern um Zustimmung zum Abänderungsantrag.

STV DR. Dejaco meint, er habe ganz grundsätzliche Bedenken gegen dieses Kostenziel, das von der SPÖ vorgeschlagen werde. Man liege derzeit bei einer Summe von 34,38 Mio Euro netto. Wenn man 20% Mehrwertsteuer aufschlage, sei man bereits über der 40 Mio-Grenze. In einem derzeitigen Planungsprozess könne man nur zwei Varianten aufstellen. Die eine Variante sei so, dass man sich einen bestimmten Kostenrahmen genehmige und von Beginn an schaue, was man innerhalb dieses Kostenrahmens investieren könne. Die zweite Variante sei die, dass man sich überlege was man an diesem Standort haben möchte, eine Kostenschätzung anstelle und diese ergebe, dass Anforderungen und Wünsche einen bestimmten Finanzierungsaufwand erforderlich machen. Diese beiden Systeme zu mischen sei nicht möglich. Man könne nicht mitten in einem Planungsprozess hergehen und sagen, man definiere das Kostenziel. Man wisse auch nicht wie sich der Baukostenindex entwickle. Dies wäre praktisch die Endsumme ohne irgend eine Indexierung und es gebe viele andere Parameter, die man nicht selbst bestimmen könne. Man habe sich nicht für den Kostenrahmen entschieden, sondern für ein bestimmtes Projekt, was natürlich nicht

davon befreie, ständig zu überwachen und darauf zu achten, wo eingespart werden könne. Bezüglich der Dachterrasse könne man darüber diskutieren, ob man sich diesen Luxus leiste, allerdings müsse man sich den Zweck des Montforthauses vor Augen führen. Das Montforthaus soll ein Kulminationspunkt für Veranstaltungen in der Region sein. Es soll große Anziehungskraft auf die gesamte Region ausüben, soll Aussteller und Veranstalter anziehen, vor allem aber auch die Bevölkerung. Dies bedeute, dass man ein attraktives Haus benötige. Man habe nunmehr die Möglichkeit zur Errichtung eines Dachterrassencafes mit dem Blick über die Dächer der Stadt, mit dem Blick auf die Schattenburg. Dies sei eine sensationelle Geschichte. Wenn man darauf verzichte, mache man einen guten Teil des Zwecks des Montforthauses zunichte. Er sei absolut davon überzeugt, dass das die richtige Entscheidung sei und dies beschlossen werden soll.

Vizebürgermeisterin Burtscher meint, wenn sie Herrn Mag. Spöttl richtig verstanden habe, stehe er und seine Fraktion zum Grundsatzbeschluss, der damals in der Stadtvertretung beschlossen worden sei. Man könne somit niemals die Deckelung bei 40 Mio Euro ansetzen. Der Beschluss habe gelautet 32 Mio Euro +/- 15%, ohne Außenanlagen, ohne Klimazentrale und ohne Mehrwertsteuer. Wenn man dies alles dazuzähle, sei dies kein großer Widerspruch. Wenn man hinter diesem einstimmigen Beschluss stehe, müsse man konsequenterweise diesen Deckel wieder zurückziehen.

STR Thalhammer meint, man habe sich in ihrer Fraktion vorher nicht absprechen können, allerdings könne sie sich sehrwohl eine Deckelung vorstellen. Man sei im Planungsstand bereits sehr weit. Die Zahlen von heute seien 37,2 Mio Euro, und wenn die Außenanlage 3 Mio Euro koste, sei man bei diesen 40 Mio Euro. Da sei die Dachterrasse dabei. Man müsse sehen, wie man das in den Antrag einbauen könne. Nicht zu vergessen seien die Förderungen.

STV Mag. Spöttl erklärt, beim Beschluss im letzten Jahr sei von 15% +/- die Rede gewesen und +/- laufe gegen null. Insofern sei das Kostenlimit jetzt in der Planungsphase durchaus realistisch. Zudem seien Experten heute in der Lage alles berechnen zu können. Offenbar auch die Rentabilität eines Dachterrassencafes, das es noch gar nicht gebe. Aus diesem Grund sei auch die Entwicklung des Baukostenindex berechenbar, jedenfalls grob auf 2 bis 3 Jahre. Er schätze es würde sich auf ungefähr 2% pro Jahr belaufen, also sei man bei 4 bis 5%. Er meine es würde Experten geben, die dies in etwa vorhersehen und berechnen können, vor allem wenn sie für die Richtigkeit ihrer Berechnungen auch keine Verantwortung übernehmen müssten, wie es die Herrschaften getan hätten, die die Rentabilität des Dachterrassencafes berechnet hätten. Und wenn nicht jetzt in der Phase der Planung, wann soll man dann ein Kostenlimit setzen? Seiner Meinung nach müsse dies jetzt geschehen. Dies soll ein Fingerzeig sein, dass man nicht aus lauter Freude und Euphorie am Schluss vor einem riesigen Schuldenberg stehe.

STV Ing. Rädler meint, dieses Kostendeckelungsmodell klinge zwar gut, weil man Angst davor habe, diese Kosten zu überschreiten und sich damit auferlege, mit 40 Millionen Euro auskommen zu müssen. Dies funktioniere aber bei dem Modell, das die Stadt Feldkirch grundsätzlich gewählt habe, nicht. Man habe ein sogenanntes Bauherrenmodell, wo man verantwortlich sei für Mehr- und Minderkosten. Es könne im Umkehrschluss zu dieser Kostendeckelung durchaus sein, dass die Baukosten bzw. die Ausschreibungsergebnisse unter

dem Betrag von 40 Millionen Euro zu liegen kämen, und was geschehe dann? Soll man dann goldene Wasserhähne statt den normalen anschaffen, und wer soll dies beschließen? Dieses Modell, das der SPÖ vorschwebt, gebe es nicht. Hier reagiere die Ausschreibung. Sowohl der Planungsstand als auch die Planungstiefe seien entscheidend. Bei diesem großen Bauvorhaben könne der Bieterkreis so groß sein, dass die ein oder andere Ausschreibung auch positiv für die Stadt Feldkirch ausfallen könne und dann könne der Schuss nach hinten losgehen. Dies habe man in diesem Sinne mit dem Bauherrenmodell gewählt. Eine Variante, wo es praktisch nur Fixkosten gäbe, wäre ein völlig anderes Modell. Dann hätte man sich schon längst einen Generalunternehmer suchen müssen, diesem die Pläne geben sollen und ihm erklären, er habe 40 Mio Euro plus Index zur Verfügung und soll das Haus bauen. Dies habe man aber nicht gewählt. Man sei jetzt Bauherr und deshalb könne man das nur auf diese flexible Art und Weise bewerkstelligen. Dazu gehöre seiner Meinung nach auch der Beschluss der Dachterrasse, den er nur begrüßen könne.

STV Dr. Diem stellt fest, auch er sage seine persönliche Meinung, da man sich in dem Fall nicht abgesprochen habe. Er glaube, dass nicht allein der Baukostenindex die Baukosten beeinflusse. Es sei die Auftragslage der Firmen und wie diese anbieten. Es sei inzwischen sehr sorgfältig über den Umfang nachgedacht und geplant worden. Man beschließe in einem sehr vernünftigen Umfang und müsse dazu stehen. Für ihn persönlich mache es keinen Sinn, hier einen Deckel zu setzen, weil dies unrealistisch sei. Man könne verschiedener Ansicht sein, ob bestimmte Teile mit gebaut werden sollen oder nicht, oder ob die Dachterrasse errichtet werden soll. Man sei hier unterschiedlicher Meinung und werde auch sicher unterschiedlich abstimmen. Wichtig sei, dass es keine Tabuthemen gebe, wenn es um die Verkehrsbeschränkung gehe, um die Neugestaltung von Abläufen, Verkehrsberuhigungen usw.

STV Dr. Baschny stellt klar, dass die Fraktion der SPÖ und Parteifreien nicht unbedingt 40 Mio Euro ausgeben wolle. Die Vorstellung, dass man sage, man erreiche mit 26 oder 38 Mio Euro diese 40 Mio Euro nicht und dann goldene Wasserhähne anschaffe, beruhe auf einem ganz gravierenden Missverständnis. Ein Kostenlimit, eine Kostengrenze, in dem Fall eine Obergrenze, sei eine Deckelung. Aber alles was günstiger komme, sei natürlich herzlich willkommen.

STR Dr. Bitschnau erklärt, seiner Fraktion sei sehrwohl bewusst, dass 800.000 Euro für die Dachterrassenerweiterung viel Geld sei. Allerdings sei man an einem Punkt, an dem man den Nutzen und die Rentabilität auch zu Ende denken müsse. Wie vom Gastronomieplaner Wessel präsentiert, habe eine Dachterrassenerweiterung auch eine Auswirkung auf das ganze Gebäude in mehrfacher Hinsicht. Im Hinblick auf die Auslastung für des Caterers sei es für diesen auch wirtschaftlich interessanter das gesamte Gebäude zu bewirtschaften. Somit sei auch weniger Wechsel und ein reibungsloser Ablauf für das ganze Montforthaus zu erwarten. Den Betrag von 800.000 Euro dürfe man nicht nur für das Dachterrassencafe rechnen, sondern man müsse auch die Auslastung der gesamten Veranstaltungen mit einbeziehen. Da diese Möglichkeit bestehe, ziehe dies auch neue Veranstalter an. Durch die Möglichkeit der Terrassenerweiterung würden starke Impulse für Feldkirch gesetzt. Er bitte dies nochmals zu bedenken und die Umwegrentabilität für das gesamte Gebäude zu berücksichtigen und nicht nur den Betrag von 800.000 Euro.

STR Dr. Lener erklärt, es sei mehrfach von den Vorrednern schon erwähnt worden, allerdings wolle sie nochmals auf die Wortmeldung von Mag. Spöttl reagieren. Richtig sei, dass Experten vieles berechnen könnten, allerdings auf keinen Fall mit Sicherheit künftige Wirtschaftsentwicklungen und damit auch Kostenentwicklungen. Im konkreten Fall sei auch eines nicht möglich. Die Zahlen, die der derzeitigen Planung zugrunde liegen, würden eine bestimmte Kategorie, Qualitätskategorie, Ausstattungskategorie beinhalten, aber noch keine konkrete Materialisierung. Daher benötige man noch einen entsprechenden Spielraum, der aus Erfahrungswerten mit einem +/- von bestimmten Prozentzahlen definiert sei. Diese Art und Weise der Kalkulation lasse aber keine konkrete Kostenschätzung im Sinne eines fixen Kostenlimits zu.

Der Abänderungsantrag erhält mit den Stimmen der SPÖ keine Mehrheit.

Die Stadtvertretung fasst gegen die Stimmen der SPÖ folgenden Beschluss

A) Die Planung der Cluster

- **Dachterrassenvariante mit öffentlicher Gastronomienutzung,**
 - **Außenanlagen im Ausmaß von ca. 9.300 m² (inkl. nichtstädtischer Bereich des Leonhardsplatzes),**
 - **Tiefgaragenerweiterung im 2.UG des MFH_Neu um ca. 76 Stellplätze und**
 - **Umbau im PFZ – vertikale Erschließung (Stiege und Personenaufzug), Durchgang und Öffentliche WC-Anlage**
- ist weiter zu führen.**

B) Die technische Ausrüstung der Energieerzeugungszentrale der Variante 1 (zwei Grundwasser-Wärmepumpenanlagen mit Kühlmittel Ammoniak und einem Gaskessel für Warmwasseraufbereitung) im Montforthaus_Neu soll durch die Stadtwerke Feldkirch im Zuge eines Contracting zu Errichtungskosten von € 1,39 Mio. erstellt werden.

C) Das Kostenziel wird auf Grund der Erweiterung des Leistungsbildes für die Dachterrassenvariante mit öffentlicher Gastronomienutzung, die Tiefgaragenerweiterung im 2.UG des MFH_Neu um ca. 76 Stellplätze und den Umbau im PFZ (vertikale Erschließung, Durchgang, Öffentliche WC-Anlage) auf netto € 35,83 Mio. (+/- 11 %, Index 12/2010) angepasst.

Zur Realisierung der Außenanlagen ist die STV gesondert zu befassen (Ausmaß, Ausführungsqualität, Ausstattung und Errichtungskosten), ebenso zur Fassung eines Baubeschlusses mit dem definitiven Kostenziel.

Bürgermeister Mag. Berchtold bedankt sich bei allen, die für die Vorbereitung der Planungen im Rahmen der Werkstattgruppe, aber auch in der Verwaltung tätig waren und

sind. Dank auch an die 15 Fachplaner, die derzeit gemeinsam mit den Architekten an der Detaillierung der Entwürfe arbeiten.

5. Projekt „familienplus“ – Teilnahme der Stadt Feldkirch

STR Dr. Rederer bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STV Ing. Dingler möchte wissen, welche Städte und Großgemeinden konkret teilnehmen, ob eine personelle Aufstockung von Bediensteten bei der Stadt Feldkirch vorgesehen sei, was man sich konkret von der Teilnahme erwarte und ob vor Ablauf der 2-Jahresfrist eine Evaluierung geplant sei, ob man weiterhin teilnehmen möchte.

STR Dr. Rederer berichtet, dass es zu keiner personellen Aufstockung im Bereich Bürgerservice kommen werde. Es gebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die schon Erfahrungswerte aus Vorgängermodellen mitbringen würden. Somit könne man hier das Wissen und auch die Fähigkeiten dieser Personen nutzen. Es handle sich um ein Aufbauprojekt, um ein weiteres Qualifizierungsprojekt. Man habe schon vieles in diesen Bereichen bei der Stadt Feldkirch erreicht und es mache Sinn, diesen Weg weiter zu gehen. Zu sehen was andere Gemeinden machen, auch einen wertvollen Input zu bekommen von Begleitmaßnahmen. Es sei ein professioneller Dienst, der hier die einzelnen Gemeinden mitbegleite. Man habe dann Zahlenmaterial, Datenmaterial und aufgrund dieser Daten könne man weitere Planungsschritte auch in budgetärer Hinsicht wieder gut ableiten.

STV Dr. Baschny meint, das Stichwort sei „konkret“, nämlich um was es hier eigentlich gehe. Man habe hier einen Prozess und dieser koste ungefähr 6.700,- Euro jährlich. Es werde damit überhaupt keiner einzigen Familie geholfen oder Unterstützung geleistet. Ihre Fraktion sei der Meinung, dass man dieses Projekt nicht benötige, und stattdessen diesen Betrag direkt einer oder mehreren Familien zugute kommen lassen soll, die sich wirklich in Not befinden würden.

STV Ing. Dingler stellt fest, dass die Frage nach der Evaluierung nicht beantwortet worden sei, vor allem stelle sich aber die Frage, was man sich konkret von der Teilnahme erwarte.

STR Dr. Rederer meint, dass er hier nachfragen werde.

STR Thalhammer meint, so wie dieses Projekt angelegt sei, erinnere dies ein wenig an e5. Wenn dies nur einen kleinen Teil dieser Wirkung habe, wie die e5 Gemeinden Schwung bekommen hätten, gehe dies für ihre Fraktion in die richtige Richtung. Falls es diese Wirkung nicht habe, sei nicht allzu viel Geld verloren, aber es bestehe die Chance, dass es hier einen Motivationsschub gebe, wie dies beim Thema Energie passiert sei.

Die Stadtvertretung fasst gegen die Stimmen der SPÖ folgenden Beschluss:

Die Stadt Feldkirch nimmt am Projekt „familie plus“, einem Qualifizierungs- und Auszeichnungsprogramm des Landes Vorarlberg, Fachbereich Jugend und Familie, teil.

6. Kooperationsvertrag Offene Jugendarbeit

Vizebürgermeisterin Burtscher bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STR Thalhammer erklärt, der Rahmenvertrag sei von der Offenen Jugendarbeit und auch vom Jugendausschuss abgesegnet worden und habe die Zustimmung erhalten. Trotzdem sei es aus ihrer Sicht kein Kooperationsvertrag. Wenn man diesen Vertrag durchlese stelle man fest, dass der Schwerpunkt auf Kontrolle ausgerichtet sei. Man verlange Quartalsberichte, bei denen aufgewendete Mittel sowie Originalrechnungen vorgelegt werden müssen. Der Schwerpunkt sei auf Genehmigungsvorbehalte, Mitsprache-, Informations- und Kontrollrecht der Stadtvertretung oder der ressortverantwortlichen Person ausgerichtet. Es werde sogar nochmals betont, dass alle sonstigen nicht genannten Entscheidungen, die über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb des Vereins hinausgehen, wieder vorgelegt werden müssen. Man werde den Vertrag akzeptieren, allerdings klinge es für ihre Fraktion nicht nach Kooperation.

STV Mag. Spöttl meint, seiner Fraktion wäre es lieber, wenn diese verantwortungsvolle Aufgabe auf mehrere Schultern verteilt würde. Aus diesem Grunde rege man an, dass der Absatz 1. Punkt 3. geändert werde. Bei den weiteren Aufgaben soll die Mobile Jugendarbeit gestrichen werden und in diesem Bereich für die Mobile Jugendarbeit ein eigener Kooperationsvertrag mit dem IFS, Jugendberatung Mühletor, Streetworker geschlossen werden. Das IFS sei eine ausgewiesene Stelle des Landes. Es gebe auch Experten genau für diesen Bereich. Seine Fraktion sei der Ansicht, dass es besser sei, wenn mehrere Gruppierungen diese Aufgabe wahrnehmen, speziell diese sehr schwierige Aufgabe der Mobilen Jugendarbeit vor Ort.

STV Dr. Lechhab erklärt, er sei ein wenig enttäuscht, was man mit der Offenen Jugendarbeit in Feldkirch mache – kontrollieren, kontrollieren, kontrollieren. Dies zeige für ihn auch die Wertschätzung, die die Offene Jugendarbeit in Feldkirch habe. Die Mobile Jugendarbeit sei inzwischen Teil der Offenen Jugendarbeit geworden. Die Stadt Feldkirch sei der Ansicht, dass der Verein die Mobile Jugendarbeit machen müsse, der Verein meine, das sei ein Angebot, über das man sprechen müsse. Seiner Meinung nach sei es notwendig, dass man die Mobile Jugendarbeit innerhalb der Offenen Jugendarbeit konzipiere.

Vizebürgermeisterin Burtscher meint, die Interpretation dieses Vertrages, vor allem von Feldkirch Blüht, sei ein deutliches Missverständnis. Vor allem die Feststellung, es gehe hier um eine Wertung oder geringe Wertschätzung der Offenen Jugendarbeit weise sie entschieden zurück. Jeder Kooperationsvertrag bei der Stadt Feldkirch werde mit diesem Wortlaut abgeschlossen. Die hohe Wertschätzung der Offenen Jugendarbeit zeige sich daran, dass kein einziger Vertrag auf drei Jahre abgeschlossen werde. Dies geschehe nur mit der Jugendarbeit Feldkirch. Alle Kooperationsverträge würden diese Passagen enthal-

ten. Richtig sei, dass diese Passagen der erste Kooperationsvertrag nicht enthalten habe, man habe dies nunmehr durch diese Adaptierung den anderen Verträgen angepasst. Dies habe überhaupt nichts mit Misstrauen zu tun, oder dass man den einen Verein mehr kontrolliere als den anderen. Es gehöre heute zum Einmaleins, dass die Offene Jugendarbeit auch Mobile Jugendarbeit leiste. Die KOJE, der Dachverband der Offenen Jugendarbeit, habe in Zusammenwirken mit allen Jugendhäusern des Landes ein Papier ausgearbeitet zur Mobilen Jugendarbeit in der Offenen Jugendarbeit. Es werde sehr gut dokumentiert und festgehalten, welche Arbeit gemacht werden soll. Natürlich müsse es jedes Jugendhaus für das eigene Umfeld nochmals konkretisieren. Das sei die Aufgabe des Vereines selber. Man habe damit festgehalten, die Stadt Feldkirch erwarte sich die Mobile Jugendarbeit auch von der Offenen Jugendarbeit. Sie hoffe nicht, dass man einen Schritt zurück mache, indem man diese Text herausnimmt.

STV MMag. König meint, ihm sei der rechtliche Status des Vereins Offene Jugendarbeit nicht bekannt, er gehe aber davon aus, dass er nach dem Vereinsgesetz errichtet sei. Dementsprechend müsse ohnehin eine interne Rechnungsprüfung stattfinden, wobei jegliche Rechnungen und Originalbelege aufzubewahren und den Rechnungsprüfern zur Verfügung gestellt werden müssten. Die Stadt Feldkirch habe wahrscheinlich keine Prüferfunktion innerhalb des Vereins Offene Jugendarbeit und müsse sich daher auf der privatrechtlichen, auf der Kooperationsvereinbarungsebene absichern, um Einsicht bekommen zu können, wie die Mittel verwendet würden. Dies sei nur legitim, dass diese Mittel, welche zur Verfügung gestellt würden, zweckgebunden auch entsprechend Verwendung finden. Hier von einer überschießenden Kontrolle zu sprechen finde er nicht verantwortbar und etwas eigenartig, wenn dieses Argument aus der Fraktion komme, die den Vorsitz des Prüfungsausschusses stelle. Es liege in aller Interesse zu sehen, was mit den öffentlichen Geldern passiere. Wenn man nichts zu verbergen habe, könne man auch die Originalrechnungen vorlegen und dem Prüfungsausschuss unter Umständen zur Verfügung stellen.

STR Thalhammer stellt fest, dass sie selbstverständlich auch dafür sei, dass Rechnungen offengelegt werden müssen und dass man kontrolliere. Dazugekommen sei aber, dass es zusätzlich bei jedem Quartalsbericht geschehen müsse und nicht einmal im Jahr. Sie habe nur die Stellen zitiert, welche seit dem letzten Rahmenvertrag dazugekommen seien. Dieser Rahmenvertrag sei übrigens nie unterfertigt worden. Diese Passagen, welche im neuen Vertrag dazugekommen seien, habe sie nur als Kontrolle empfunden und nicht als evtl. neue Ideen zur Arbeitsaufteilung. Trotzdem werde ihre Fraktion dem Antrag zustimmen.

STV Dr. Diem erinnert, dass seine Fraktion bei der letzten Sitzung der Stadtvertretung einen Antrag gestellt habe, dass die Situation der Jugendlichen in Feldkirch untersucht werden soll. Man soll sich nicht nur darauf beschränken, was Jugendliche in den Jugendhäusern oder betreuten Häusern machen. Es sei dies im Ausschuss beraten worden, wobei es hier noch gewisse Auffassungsunterschiede gebe. Die Meinung der Stadt, bzw. der Verantwortlichen sei, dass der Verein Offene Jugendarbeit das leisten soll. Seine Fraktion sei der Ansicht, dass mit den Mitteln und mit der personellen Situation, mit denen der Verein ausgestattet sei, die Aufgabe nicht erfüllt werden könne. Es gebe andere Städte, welche in diesem Bereich mehr einsetzen und das nicht weil sie zu viel Geld hätten, sondern weil Bedarf gegeben sei.

Vizebürgermeisterin Burtscher stellt fest, dass man derzeit noch daran arbeite und dies noch nicht abgeschlossen sei. Im letzten Ausschuss sei protokolliert worden, und dieses Protokoll habe sie STR Thalhammer zur Verfügung gestellt, dass es nicht allein Sache der Offenen Jugendarbeit sein soll. Es soll das ein gut funktionierendes Zusammenwirken zwischen der Offenen Jugendarbeit, aber auch der Stadtpolizei sein. Die Stadtpolizei würde auch immer wieder einmal dazugerufen, wenn es zu Konflikten, welche Jugendliche mit Anrainern hätten, komme. Es brauche also eine gute Vernetzung und eine gute Kommunikation, um problemlösungsorientiert arbeiten zu können, ohne das über zu dramatisieren. Aber auch ohne, dass man die Arbeit bzw. den Kontakt mit den Jugendlichen nur der Offenen Jugendarbeit zuschiebe. Dies sei dieses Dreiergespann, welches im Protokoll festgehalten sei.

Der Abänderungsantrag erhält mit den Stimmen der SPÖ keine Mehrheit.

Die Stadtvertretung fasst gegen die Stimmen der SPÖ folgenden Beschluss:

Die Stadt Feldkirch schließt mit dem Verein Offene Jugendarbeit Feldkirch den vorliegenden dreijährigen Kooperationsvertrag zur Sicherung der Offenen Jugendarbeit ab.

7. Ausstieg aus der Atomenergie

STR Dr. Bitschnau bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Bürgermeister Mag. Berchtold berichtet, dass ein weiterer Antrag mit der selben Thematik von der Fraktion Feldkirch Blüht vorliege.

STR Thalhammer bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadt Feldkirch, vertreten durch Bürgermeister Mag. Wilfried Berchtold, fordert die österreichische Bundesregierung, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament sowie die Schweizer Bundesregierung im Sinne einer sicheren und zukunftsfähigen Energieversorgung auf

- 1. den europaweiten Ausstieg aus dem Betrieb von Kernkraftwerken und der Nutzung der Kernenergie mit allen politischen, juristischen und völkerrechtlichen Mitteln voranzutreiben,**
- 2. dafür Sorge zu tragen, dass die noch in Betrieb befindlichen alten Kernkraftwerke umgehend vom Netz genommen und abgeschaltet werden,**
- 3. sicherzustellen, dass keine neuen Kernkraftwerke mehr gebaut, sowie in Bau befindliche einer anderen Nutzung zugeführt werden,**
- 4. alle energiepolitischen Maßnahmen zu setzen, die zu einer Reduzierung des Energieverbrauchs und einem weiteren und raschen Ausbau erneuerbarer Energien beitragen.**

erbarer Energieträger auf internationaler, nationaler und regionaler Ebene führen, um den Ausstieg aus der Atomenergie zu ermöglichen, 5. Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine mittelfristig vollständig nachhaltige, regionale und dezentrale Energieversorgung sicherstellen.

8. Bewegung für SeniorInnen – Bewegungsgruppen, Sturzprophylaxe

STV Dr. Baschny bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STV Sabine Allgäuer erklärt, Sturzprophylaxe sei ein großes Thema bei den Vorsorgehausbesuchen, welche jetzt im Mai von den Krankenpflegevereinen gestartet worden seien. Die Hauskrankenpflege beschäftige sich schon immer mit Sturzprophylaxe. Dies gehöre zu deren Aufgabengebiet. In Tosters gebe es sehrwohl eine Seniorengruppe, welche spezielle Sitzgymnastik mache und dies schon über bald 10 Jahre.

STR Dr. Redrer stellt fest, aus seinem hauptberuflichen Hintergrund heraus seien den Begriffen Bewegung für SeniorInnen in Bewegungsgruppen und Sturzprophylaxe natürlich vermehrte Beachtung zu schenken. Es mache Sinn, das Angebot, das man derzeit im Bereich Feldkirch habe, aufzulisten und darzustellen. Er schlage deshalb vor, diesen Antrag in den Sozialausschuss zu verweisen.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Antrag wird an den Sozialausschuss verwiesen.

9. Darlehensaufnahmen

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag a) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss.

a) Die Stadt Feldkirch nimmt für diverse Investitionsprojekte gem. VA 2011 mehrere Kommunaldarlehen über gesamt € 1.800.000 mit einem variablen Zinssatz von indikativ 2,302 % bei Angebotsstellung (Basis 12-Monate-Euribor mit einem Aufschlag von jeweils 0,55 % bei beiden Anbietern) zu jeweils gleichen Teilen bei der Raiffeisenbank Feldkirch mit € 900.000 und bei der Bank Austria ebenfalls mit € 900.000 als Billigst- bzw. Bestbieter auf. Die Laufzeit beträgt 20 Jahre, Zuzählung 100 %, keine Zuzählungsgebühr bzw. sonstige Spesen.

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag b) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

b) Die Stadt Feldkirch nimmt für Planungsleistungen „Montforthaus neu“ bei der Hypobank Feldkirch zwei Darlehen über gesamt € 3.100.000 zu jeweils gleichen teilen im 5 Jahres Fixzinssatz mit einem Aufschlag von 0,637 % auf den 5 Jahres ISDAFIX und im 10 Jahres Fixzinssatz mit einem Aufschlag von 0,646 % auf den 10 Jahres ISDAFIX, als Billigst- bzw. Bestbieter auf. Die Laufzeit beträgt 25 Jahre, Zuzählung 100 %, keine Zuzählungsgebühr bzw. sonstige Spesen. Zinssatz somit indikativ bei Angebotsstellung im 5 Jahres Fixzinssatz 3,463 und im 10 Jahres Fixzinssatz 4,066 %.

Die Stadtkämmerei wird darüber hinaus beauftragt, allfällig erst mit einem zeitlichen time lag benötigten Mittel, bestmöglichst in Form einer Festgeld oder Termineinlage bei einem am Ort vertretenenen Bankinstitut zu veranlagern.

10. Grundstücksangelegenheiten

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STV Ing. Dingler erklärt sich zu diesem Tagesordnungspunkt für befassen.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadt Feldkirch als Rechtsnachfolgerin der Gemeinde Altstadt verzichtet auf die in EZ 83 Grundbuch 92102 Altstadt (Reinhilde Dingler, Kändlerstraße 18, 6800 Feldkirch) unter C-LNR 1 einverleibte Dienstbarkeit des Fußsteiges über den Hofraum des GST-NR .4 für die Gemeinde Altstadt und stimmt der Einverleibung der Löschung zu. Die Kosten übernimmt die Stadt Feldkirch.

11. Ermächtigung von Bediensteten der Bürgerservicestelle zur Entgegennahme von Barzahlungen

Bürgermeister Mag. Berchtold bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

In der Abteilung Bürgerservice sind folgende Bedienstete zur Entgegennahme von Barzahlungen an die Stadt Feldkirch gem. § 79 Abs 3 GG. ermächtigt:

Corn Christl

Dülger Meryem

Fink Sabrina

Lagler Stephan

Leonhartsberger-Schrott Anita

Himmer-Klien Karin

Matt Karoline
Melkes Michelle
Peeters Rafaela
Sailer Sara
Scheidbach Eveline
Sinz Thomas
Strauß Wolfgang
Wojtech Natalie Mag.

Diese Ermächtigungen sind mit 11.05.2011 wirksam. Gleichzeitig treten früher erteilte Ermächtigungen außer Kraft.

12. Genehmigung der Niederschrift über die 5. Sitzung der Stadtvertretung vom 01.03.2011

Die Niederschrift wird genehmigt.

13. Allfälliges

STV DR. Diem berichtet, dass seine Fraktion bereits schriftlich eine Anfrage bezüglich dem Energiemasterplan gestellt habe und wolle noch auf ein paar Punkte eingehen, was der Zweck dieser Anfrage sei. Der Energiemasterplan liege seiner Fraktion sehr am Herzen, sei von Feldkirch Blüht mit angeregt worden und sicher eine sinnvolle Geschichte. Das Problem, das seine Fraktion derzeit sehe sei, dass dies ein wenig im Niemandsland schwebe. Der erste Teil der Fragen beziehe sich darauf, welchen Status der Energiemasterplan habe, von wem die Initiative ergriffen worden sei und wer daran arbeite. Man würde gerne auch die Formulierung erfahren und welchen Umfang das ganze habe. Ein weiterer Punkt sei, welche Rolle die Stadtvertretung spiele und ob der Energiemasterplan in andere Initiativen und Programme der Stadt Feldkirch, wie zB beim STEP, mit eingebunden werde. Ob nach dem Vorbild des Gesamtverkehrskonzeptes vorgegangen werde, indem es auch eine rege Bürgerbeteiligung gegeben habe. Welche Rolle die Bevölkerung, die Industrie, die Öffentliche Hand usw. spiele.

STR Keckeis verliest die Anfrage, wobei die einzelnen Punkte von ihm beantwortet werden.

Frage 1

Von wem wurde der Auftrag für die Erstellung eines Energiemasterplans für Feldkirch erteilt?

Der Auftrag sei vom Bürgermeister auf Vorschlag der Liste Feldkirch Blüht erteilt worden. Der Bürgermeister habe die Stadtwerke Feldkirch und das Baamt beauftragt, eine erste Sichtung zu machen und einen Grobrahmen festzulegen.

Frage 2

Welche Gremien, Institutionen, Personen sind momentan mit dem Energiemasterplan be-

schäftigt?

Dies seien das Bauamt, Stadtwerke Feldkirch, und der e5 Betreuer vom Energieinstitut.

Frage 3

Wie lautet die genaue Formulierung für die Erstellung des Energiemasterplans?

Die genaue Formulierung sei noch nicht fertig, werde jetzt ausgearbeitet und dann bei der nächsten Sitzung der Stadtvertretung als Beschlussvorlage vorgelegt.

Frage 4

Welchen Umfang hat der Energiemasterplan?

Geplant sei eine umfassende inhaltliche Bearbeitung, die sich nicht nur auf den Strom beschränke. Dazu gebe es einen Strukturvorschlag vom e5 Team.

Frage 5

Welche Erzeuger und Nutzer werden einbezogen (öffentliche Stellen, Private, Industrie, Handel, Verkehr, etc?)

Über die Einbindung Dritter stehe die Entscheidung noch aus. Es mache aber auf jeden Fall Sinn. Zeitpunkt, Umfang etc. sei derzeit noch nicht abzusehen.

Frage 6

Über welchen Zeithorizont sollen die Konzepte des Energiemasterplans erstellt werden?

Es sei daran gedacht, dass die Formulierung, Struktur, Aufgabenstellung und Ablauf im Jahr 2011 erfolgen und die operativen Maßnahmenpläne dann inhaltlich in den Folgejahren, jeweils nach dem Energiemasterplan.

Frage 7

Welche Rolle soll der Stadtvertretung Feldkirch zukommen?

Die Stadtvertretung soll jetzt noch im Sommer den offiziellen Projektauftrag erteilen und das e5 Team beauftragen. Nach Ausarbeitung des Masterplans soll die Stadtvertretung diesen beschließen.

Frage 8

Wie soll der Energiemasterplan in andere Planungsinstrumente der Stadt Feldkirch integriert werden (zB STEP)?

Diese Frage soll im Zuge der Bearbeitung des Energiemasterplanes diskutiert werden. Es sei auf jeden Fall daran gedacht, den Masterplan in den Stadtentwicklungsplan einzuarbeiten.

Frage 9

Ist an eine Beteiligung von Betroffenen (Bürger, Industrie, Fachleute) ähnlich wie bei der Erstellung des Gesamtverkehrskonzeptes gedacht?

Es sei auf jeden Fall daran gedacht, dass es eine Form von Beteiligung gebe, aber nicht in dieser breiten Form, dass man sich an alle Bürger wende, sondern sich hier mit Experten auseinandersetze. Einladen werde man beteiligte und interessierte Bürger, aber auf keinen Fall in dieser Breite, wie es beim Gesamtverkehrskonzept gemacht worden sei.

Frage 10

Welche Vernetzungen mit anderen Gemeinden, Bund, Land, benachbarten Regionen werden beim Energiemasterplan vorgenommen?

Eine der Grundlagen sei auf jeden Fall die Regionalstudie Bodensee zur 2000 Watt Gesellschaft, der Konvent of Mayors, die Energiezukunft Vorarlberg, Liechtenstein und auch die Energiestrategie des Bundes

Frage 11

Gibt es Beispiele von Energiemasterplänen anderer Städte oder Regionen, an die man sich anlehnen kann?

Es zeige sich, dass vor allem der Energiemasterplan Zürich, Radolfzell und Gossau durchaus als sehr gute Vorlagen dienen könnten.

STR Thalhammer berichtet, ihre Fraktion nehme an, dass in der nächsten Sitzung der Stadtvertretung das Thema Essenszubereitung für den Mittagstisch der Kindergartenkinder und SchülerInnen anstehe. Deshalb mache Feldkirch Blüth noch einmal darauf aufmerksam, dass am 2. März 2010 einstimmig ein Beschluss gefasst worden sei. Eventuell sei damals bei der Stadtvertretung eine andere Besetzung gewesen, auf jeden Fall sicher im Ausschuss. Der Beschluss habe gelautet: „Die Stadt Feldkirch wird ein Konzept für die Mittagsbetreuung und Mittagsverpflegung im eigenen Wirkungsbereich ausarbeiten und dementsprechend die geplanten Nutzungen im Schulzentrum Oberau darauf abstimmen, sodass dieser Schulkomplex in Zukunft mit der nötigen Infrastruktur für eine ganztägige Schulform ausgerüstet ist. Durch die Ausarbeitung dieses Konzeptes dürfen die laufenden Planungen, die Vergaben und Bauausführungen aber nicht beeinträchtigt werden.“ So wie sie bisher den Beschluss, den man der Stadtvertretung aus dem Schulausschuss vorlegen möchte verstehe, sei überhaupt nichts vom Schulzentrum Oberau enthalten. Sie mache darauf aufmerksam, dass ihre Fraktion einem Mittagstisch nicht zustimme, wenn an dieser Schule, an der die meisten Kinder sind, nicht regionales, frisch gekochtes Essen zubereitet werde. Man sehe das für andere, schwierige Standorte ein, auch dass man in Feldkirch nicht an 18 Standorten frisch kochen könne. Aber da, wo nunmehr die Schule neu gebaut werde, müsse dies möglich sein.

Die Schriftführerin

Der Vorsitzende